Beschluss des Landrats vom 16.01.2025

Nr. 928

24. Stand der Projektorganisation (Kanton und Gemeinden) zur Verbesserung der familienergänzenden Kinderbetreuung
2024/639; Protokoll: ps

Saskia Schenker (FDP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Saskia Schenker (FDP) dankt für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Es seien wohl alle nicht ganz glücklich darüber, dass das Projekt mehr Zeit benötigt oder einfach sehr umfassend ist. Sorgen bereitet der Rednerin, dass die Gemeinden ihre Aktivitäten auf Eis gelegt haben, seit das Projekt beim Kanton läuft. Die Rednerin ist der Meinung, dass der Kanton sehr rasch die Eckwerte festlegen und für die Gemeinden Klarheit schaffen sollte, welches ihre Aufgabe ist und wo sie weiterarbeiten sollen. Das Hin- und Herschieben des Balls zwischen Gemeinden und Kanton – obwohl die Aufgabenteilung im Baselbiet klar ist und die Gemeinden zuständig sind – ist schade. Es geht um einen Gegenvorschlag zur Kita-Initiative, aber nichtsdestotrotz wäre es gut und wichtig, dass die Gemeinden selber vorwärts machen und ihre Aufgaben wahrnehmen. Was leider in den Antworten nicht zu lesen ist, aber ganz wichtig erscheint: Eine weitere Unterstützung durch den Kanton muss ganz klar an die Arbeitstätigkeit geknüpft werden – ob dies nun Steuererleichterungen oder sonstige Massnahmen betrifft. Es besteht ein Interesse daran, die Arbeitstätigkeit insbesondere von Frauen zu erhöhen. Das ist das Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (FEB). Vielleicht ist dies für viele Leute selbstverständlich, jedoch sieht die Rednerin in der öffentlichen Diskussion noch andere Anliegen. Aber man sollte nicht bereit sein, für Hobbys oder für anderes staatliche finanzielle Leistungen zu sprechen.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) äussert, man sei sich einig darin, dass es möglichst schnell gehen solle. Beteiligt sich der Kanton im Sinne eines Gegenvorschlags zur Kita-Initiative an den Kita-Kosten, dann muss es ein namhafter Betrag sein, damit auch eine Wirkung erzeugt wird. Mit einem einstelligen Millionenbetrag ist der Sache wohl nicht gedient. Deshalb ist es umso wichtiger, dass es eine tragfähige Lösung gibt, die auch hier im Landrat auf grosse Resonanz stösst und allenfalls auch eine Volksabstimmung gewinnt. Darum braucht es mehr Zeit, bis das Projekt realisiert wird. Gemäss Zeitplan soll die Vorlage immer noch im Sommer 2025 dem Landrat überwiesen und die Diskussionen geführt werden. Das Ganze kann beschleunigt werden, wenn es keine Volksabstimmung braucht, aber das überlässt die Rednerin dem Parlament. Es wird intensiv am Projekt gearbeitet und die Rednerin hofft, eine gute und tragfähige Lösung zu finden.

://: Die Interpellation ist erledigt.